

07.05.2025



Pressemitteilung:

Bundesweiter Aktionstag "Keine Ausreden mehr – AfD Verbot jetzt!" | Bereits in über 25 deutschen Städten Demonstrationen für AfD-Verbot angekündigt

Zum bundesweiten Aktionstag für ein AfD-Verbot am Sonntag, 11.05.2025, sind in über 25 Städten Demonstrationen angekündigt, darunter in Berlin, München und Dresden. Zu den Protesten hatten das bundesweite Netzwerk *Zusammen Gegen Rechts* sowie die Kampagne *Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot Jetzt!*, hinter die sich 60 zivilgesellschaftliche Organisationen gestellt haben, aufgerufen. Die Bündnisse fordern Bundestag, Bundesrat und die neue Bundesregierung auf, unverzüglich das Verbotsverfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten.

"Deportationspläne, Angriffe auf Selbstbestimmungsrechte, Relativierung des Nationalsozialismus: Die AfD ist eine konkrete Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Aber sie kann gestoppt werden. Das Grundgesetz sieht das vor. Aus unserer historischen Erfahrung wissen wir, dass wir nicht zuschauen und warten dürfen, bis die extreme Rechte an die Macht kommt. Wir müssen Demokratie und Grundrechte verteidigen. Die Zeit für ein AfD-Verbot ist jetzt", erklärt **Julia Dück**, Pressesprecherin der Kampagne.

Die Organisator*innen gehen davon aus, dass sich in den nächsten Tagen noch zahlreiche weitere Städte den Protesten anschließen werden. Die zentrale Kundgebung wird am Sonntag um 16 Uhr in Berlin vor dem Brandenburger Tor stattfinden.

Mit einer Resolution hatte sich zuletzt auch der evangelische Kirchentag für ein AfD-Verbot ausgesprochen. Ebenso fordert die Gewerkschaft ver.di sowie der dt. Bundesjugendring das Verfahren für ein AfD-Verbot einzuleiten.

Jon Klockow von *Zusammen gegen Rechts* ergänzt: *„Die Zeit des Zögerns ist vorbei: Die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD sind gegeben. Nun braucht es den Mut, diesen Schritt tatsächlich zu gehen. Ein Parteiverbot ersetzt nicht die notwendige Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Haltungen, aber es ist ein wichtiger Hebel, um der AfD Ressourcen und Einfluss zu entziehen. Gleichzeitig muss die Gesellschaft klare Kante zeigen: Kein Anspruch auf eine Bühne, keine Selbstverständlichkeit medialer Präsenz, keine Normalisierung durch Talkshow-Einladungen oder Raumvermietungen. Wer unsere Demokratie schützen will, muss sie nicht nur verteidigen, sondern sich auch abgrenzen.“*

Hier finden Sie eine Liste mit den angekündigten Demonstrationen, die fortlaufend aktualisiert wird: <https://afd-verbot.jetzt/de/termine>

Für Nachfragen erreichen Sie die Pressesprecher*innen der Kampagne unter:

Mobil:

0157/51235803

0157/51235798

E-Mail:

presse@afd-verbot.jetzt